



Schlagartig hat die Debatte um die Zukunft des „Regenbogenlandes“ eine dramatische Wende bekommen: Schon heute beginnt das DRK mit seiner Arbeit, am Samstag kommen bis zu 350 Flüchtlinge nach Olpe. SZ-Archivfoto

# Wie eine Beschlagnahmung

**OLPE** Bezirksregierung übernimmt „Rebola“ / 350 Flüchtlinge werden ab Samstag eintreffen

*Ein Vokabular, das keine Fragen offen lässt: „Ordnungsverfügung mit sofortiger Vollziehung“ macht bisherige Pläne zu Makulatur.*

win ■ Eigentlich sollte gestern im Olper Rat über den Plan der Stadt gesprochen werden, die geschlossene Kolping-Familienferienstätte „Regenbogenland“ zu kaufen, um sie dann ans Land zu vermie-ten, das dort eine Zentrale Unterbringungs-einrichtung einrichten will. Um mehr Zeit zu gewinnen, hatten die Fraktionsvorsitzenden einmütig beschlossen, dies abzusetzen und erst im März zu beraten – alles Schnee von gestern. Mit einem Donnerstagsbeschluss eröffnete Bürgermeister Horst Müller die gestrige Ratssitzung. Der sichtlich angespannte Verwaltungschef informierte die Ratsmitglieder, er sei am Vortag von der Bezirksregierung über das informiert worden, was dann am gestrigen Mittwoch vollzogen wurde: Das Regierungspräsidium in Arnsberg erließ eine Ordnungsverfügung gegen den Eigentümer des „Rebola“, die einer Beschlag-

nahme gleichkommt. Unter sofortiger Vollziehung hat die Bezirksregierung damit nun Zugriff auf das gesamte Gebäude. Heute wird der DRK-Landesverband die Schlüssel übernehmen, um die Ankunft von bis zu 350 Flüchtlingen vorzubereiten, die am Samstag in Olpe eintreffen werden.

„Durch die normative Kraft des Faktischen“, so Müller, werde die „Regenbogenland“-Diskussion nun unter völlig anderen Vorzeichen geführt. Die Bezirksregierung habe ihn informiert, dass die Flüchtlingsströme vor allem aus dem Kosovo derart angeschwollen seien, dass das Land so dringend wie nie Kapazitäten benötige, um schlicht und einfach die Obdachlosigkeit der Menschen zu verhindern. „Das wirft natürlich alle bisherigen Planungen über den Haufen.“

In der Folge habe nun die Stadt bis auf weiteres überhaupt keine Möglichkeiten, um in irgendeiner Weise regelnd einzugreifen. „Wir werden uns vor Ort darüber zu unterhalten haben, aber nur noch begleitend.“

Dass es sich hier um keine „Lex Olpe“ handele, zeige die Tatsache, dass die Bezirksregierung alle Städte und Gemeinden angewiesen habe, bis Freitagmittags freie Unterkünfte zu melden.

Erster Beigeordneter Thomas Bär unterstrich die Notwendigkeit, zu handeln.

„Die Zahlen nehmen dramatisch zu.“ Das Bundesamt für Migration rechne insbesondere aus dem Kosovo mit einem wahren Strom von Menschen, die zum Großteil in Richtung Deutschland unterwegs seien. „Allein dadurch muss pro Monat mit 6000 Flüchtlingen mehr gerechnet werden, als bisher erwartet wurden.“

Die Tatsache, dass diese über sogenannte „sichere Drittländer“ kämen und eine Anerkennung als Asylanten nur im Promillebereich erfolgen werde, ändere nichts an der Tatsache, dass sie da und unterzubringen seien. Gegen eine solche Ordnungsverfügung, die juristisch „schon ein ganz scharfes Schwert“ sei, gebe es nur wenige Rechtsmittel. Bürgermeister Müller ergänzte, die Bezirksregierung habe für Freitag eine ausführliche Pressemitteilung angekündigt.

Aus der Stadtverordnetenversammlung wurden erste Stellungnahmen laut. CDU-Fraktionschef Peter Weber erklärte: „Die Entwicklung kann nur als dramatisch bezeichnet werden.“ Der auf Initiative der kürzlich gegründeten Bürgerinitiative „Humane Flüchtlingspolitik in Olpe“ ins Leben gerufene Runde Tisch zum Thema Flüchtlinge stehe nun unter anderen Vorzeichen, sei aber nötiger denn je.

## Bürgerinitiative: „Wir sind in Schockstarre“

Thomas Primavesi (CDU) erklärte, er sei „verwundert“ über das Agieren des Landes, sei doch erst vor wenigen Tagen in der städtischen Bürgerversammlung gänzlich Anderes verlautet worden, was die Beteiligung von Kommunen an der Schaffung von Landeseinrichtungen angehe. Dies sei „dreist“. Mehrere Ratsmitglieder bedachten diese Äußerung mit Applaus. Auch Carsten Sieg (CDU) äußerte sich in diese Richtung. Es sei ein „ziemlicher Schlag ins Gesicht, da hätte ich nicht mit gerechnet“. Klar müsse aber sein, dass eine solche Ordnungsverfügung nur so lange bestehe, wie eine akute Lage sie nötig mache. Da die Flüchtlinge aus einem sicheren Drittstaat eingereist seien, müsse ja nicht von deren dauerhafter Unterbringung ausgegangen werden, „und so schwierig das jetzt ist, müssen wir trotzdem an das denken, was danach kommt“. Er appelliere dringend, dass die Stadt das Gelände kaufe, um Zugriff darauf zu haben. „Wir dürfen mit der Planung jetzt nicht aufhören, sondern müssen dringend damit weitermachen.“ Bürgermeister Müller gab zurück, dies hätte sein Schlusswort unter die Debatte sein sollen: „Um die Hand dort draufzulegen, müssen wir es käuflich erwerben.“

Lothar Epe (CDU) zeigte sich erschüttert: „Das ist doch nicht einmal ein öffentliches Gebäude. Mir war überhaupt nicht klar, dass so etwas überhaupt geht.“ Er sei verwundert, dass kein Mitarbeiter der Bezirksregierung gekommen sei, um dem Rat Rede und Antwort zu stehen. Andreas Zimmermann (UCW) zog für sich das Fazit, dass der Mitarbeiter der Bezirksregierung,

der Ende Januar Gast bei der städtischen Informationsveranstaltung war, „nicht das gesagt hat, was er weiß“. Erster Beigeordneter Bär widersprach: Die Zahlen seien in der Tat erst im Januar derart explodiert. Christian Hohn (Grüne) zeigte sich „überrascht und betroffen“, die Stadt sei nun aber in der Pflicht, zu helfen, wenn akute Obdachlosigkeit drohe.

Volker Reichel (SPD) verbat sich parteipolitisch gefärbte Schelte an Bezirks- oder Landesregierung: Die Zahlen seien, wie sie seien, Nordrhein-Westfalen sei das bevölkerungsreichste Bundesland, und nach dem „Königsteiner Schlüssel“ werde dem Land sein Kontingent an Flüchtlingen zugewiesen, da habe das Parteibuch der Landesregierung keine Bedeutung. Auch Kai Bitzer (Grüne) warnte vor Vorverurteilungen: Die akute Warnung der deutschen Botschaft in Pristina vor starken Flüchtlingsströmen datiere vom 8. Februar, das sei bei der Bürgerversammlung also noch nicht vorhersehbar gewesen. Auch er deutete an, was in der nichtöffentlichen Sitzung geschehen müsse: „Wir haben darüber zu sprechen, ob wir da oben weiter mitspielen wollen oder nur noch auf der Zuschauerbank sitzen.“

► In einer ersten Reaktion zeigten sich die Mitglieder der Bürgerinitiative von der Entwicklung förmlich überrannt und wollen in Kürze darüber befinden, wie sie auf die neue Entwicklung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft reagieren. Peter Kliche, Reiner Löcker und Wolfgang Maasjos äußerten sich zunächst erfreut darüber, dass Bürgermeister Müller sie kurz vor der Sit-

zung informiert und damit Fairness bewiesen habe. Auch habe er zugesagt, weiterhin mit der BI im Gespräch zu bleiben. „Das ist eine Notsituation, wir müssen jetzt überlegen, wie wir damit umgehen“, so Peter Kliche. „Wir sind regelrecht in einer Art Schockstarre. Damit hatten wir nicht gerechnet.“

► Unmittelbar nach Bekanntwerden der Nachricht kamen erste Gerüchte und Unmut sowohl über die Stadt als auch über den Kolping-Bezirksverband Münster als Eigentümer auf. Wenn die Stadt sich nicht derart ins Gespräch gebracht hätte, sei Arnsberg erst gar nicht auf das „Rebola“ aufmerksam geworden, hieß es. Und dass trotz der Schließung Ende Januar die Lichter keineswegs ausgegangen seien, spreche auch eine andere Sprache. Auch sei in den vergangenen Wochen damit begonnen worden, den dicht bewachsenen Abstandsstreifen zwischen Familienferienstätte und Wohngebiet zu roden. All das lasse befürchten, dass der gestern bekanntgemachte Schritt unter Umständen doch von langer Hand vorbereitet worden sei, hieß es unter besorgten Anliegern.

► Der Pressesprecher der Bezirksregierung Arnsberg, Christoph Söbbeler, erklärte gegenüber der SZ, die Lage habe sich in der Tat so kurzfristig entwickelt wie in der Ratssitzung ausgeführt. „So einen Beschluss fällen wir nicht gern“, so Söbbeler, dem erst ein ähnlicher Fall aus der Vergangenheit bekannt ist. Er gehe allerdings davon aus, dass das Vorgehen in Olpe nicht ohne Fortsetzung bleiben werde, so groß sei der Bedarf nach Plätzen für Flüchtlinge.

## Stadt fällt Kaufbeschluss

Bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen: „Regenbogenland“ soll erworben werden

win Olpe. Kurz vor Redaktionschluss erreichte die SZ die Information, dass die Stadtverordnetenversammlung in nichtöffentlicher Sitzung das vollzogene hat, was im öffentlichen Teil schon

angedeutet wurde: Sie will das „Regenbogenland“ kaufen.

Bei zwei Gegenstimmen aus Reihen der Unabhängigen und zwei Enthaltungen sei der Beschluss gefallen, der Kauf-

offerte des Kolping-Bezirksverbands zu entsprechen. Im Raum steht ein Kaufpreis von 1,1 Mill. Euro, der einen Nachtragshaushalt notwendig machen wird.